



Naturschutzverbände hatten zum Munitionskongress MIREMAR eingeladen

## Bergen statt Sprengen

VON STEFAN NEHRING\*

Mindestens 500.000 Tonnen Munition lagern im seichten Wasser von Nord- und Ostsee direkt vor unseren Stränden. Neben Detonationen bedrohen große Mengen giftigster Munitionsinhaltsstoffe Mensch, Natur und Umwelt. Aber welches Konzept zum Umgang mit diesen tickenden Zeitbomben ist das richtige? Die Antwort auf diese Frage stand im Mittelpunkt eines internationalen Kongresses in Neumünster, zu dem drei Naturschutzverbände eingeladen hatten (1).

Fast auf den Tag genau 60 Jahre nach Kriegsende war der niederländische Fischkutter OD1 auf einer Fangreise in der Nordsee unterwegs. Es war am Abend des 6. April 2005, die See war ruhig, das Netz prall gefüllt. Beim Hieven an Bord passierte das, wovor jeder Fischer bis heute Angst hat. Eine aufgefischte Fliegerbombe fiel auf das Deck und detonierte. Durch die Wucht der Explosion wurden drei Männer getötet.

Diese drei toten Seeleute sind für viele Experten ein eindeutiger Beleg, dass die Munitionsaltpasten in unseren Meeren bis heute ein unberechenbares Risiko darstellen, das beseitigt werden muss. Auch jeder Strandbesucher ist den tückischen Gefahren bis heute schutzlos ausgeliefert, wie die alljährlichen Vorfälle mit Weißem Phosphor aus alten Brandbomben an unseren Stränden belegen (2). Zudem zeigen erste Untersuchungen zum Schadstoffpotenzial versenkter Munition, dass es sich hier um echte Altpasten handelt, deren Wechselwirkungen mit der Umwelt aber noch nicht vollständig verstanden werden.

Wie aber reagiert die Politik auf diese Probleme? Die 2008 eingebrachten Anträge der Grünen, »Die Zeitbombe der Munitionsaltpasten in Nord- und Ostsee zu entschärfen«, wurden im schleswig-holsteinischen Landtag abgelehnt und auch durch den federführenden Ausschuss im Bundestag zur Ablehnung empfohlen (3). Andererseits haben aber die Landesregierungen der drei Küstenländer im Zusammenschluss mit der Bundesregierung erkannt, dass es, losgelöst von politischem Kalkül gegenüber einer Oppositionspartei, fachliche Notwendigkeiten zum Thema Munition gibt. Im Januar

2009 wurde daher offiziell eine Bund-/Länder-AG »Munitionsaltpasten im Meer« eingerichtet, die jedoch nur hinter verschlossenen Türen tagt und externen Experten verschlossen ist (4). Einen ersten Bericht will die AG im kommenden Jahr vorlegen.

Dieser unbefriedigende Sachstand war einer der Hauptauslöser für den Naturschutzbund (NABU), die Gesellschaft zum Schutz der Meeressäuger (GSM) und die Gesellschaft zur Rettung der Delfine (GRD), Mitte November dieses Jahres in Neumünster den internationalen Kongress MIREMAR (Minimizing Risks for the Environment in Marine Ammunition Removal in the Baltic and North Sea) auszurichten (1). Rund 120 Experten aus Europa, Russland und Nordamerika, von Instituten, Umweltverbänden, Behörden, der Marine sowie aus Politik und Wirtschaft folgten der Einladung.

**Munitionsaltpasten** im Meer beschränken sich nicht auf die deutsche Nord- und Ostseeküste, sondern sind ein globales Problem. Bis heute ist das gesamte Ausmaß der Munitionsaltpastenversenkungen jedoch nicht bekannt. Klar ist aber, dass es sich um mehrere Millionen Tonnen gefährlicher Kampfmittel handelt, die größtenteils in direkter Küstennähe auf eine Bergung warten. Grundsätzlich waren sich alle Teilnehmer einig: Im Meer bleiben darf die Munition auf keinen Fall, zu groß sind die Risiken für Umwelt, Fischerei, Tourismus und Schifffahrt. So betonte auch der Staatssekretär des schleswig-holsteinischen Innenministeriums, Volker Dornquast (CDU), in seiner Ansprache zur Eröffnung des Kongresses: »Es ist unser Auftrag, zukünftige Generationen vor später

*Sprengen ist »out«, nur Bergen ist ein zukunftsfähiges Konzept.*



möglicherweise unlösbaren Aufgaben zu bewahren und die Natur vor negativen Auswirkungen soweit wie möglich zu schützen».

Aber bereits das Anreißen der vielen Vorträge, Diskussionen und Hintergrundgespräche würde den Rahmen dieses Artikels auf Grund der ungeheuren Vielfalt sprengen. Zu den bekannt gewordenen interessanten Details zählt auch dies: Ostseepipelinebauer »Nord Stream« hat entlang der Trasse bislang 350 Munitionskörper gefunden – fünf Mal mehr als bisher der Öffentlichkeit bekannt war. Und es sind weitere Überraschungen möglich, da »Nord Stream« trotz Verpflichtung immer noch nicht alle geophysikalischen Messergebnisse aus der Munitionssuche frei gegeben hat. Eine intensivere Behandlung dieser und weiterer Einzelheiten muss einem späteren Artikel in WATERKANT vorbehalten bleiben, im Folgenden soll es um zwei Schwerpunkte gehen, die momentan die Diskussionen in Deutschland bestimmen: Das Sprengen von Großkampfmitteln sowie das Nicht-Einrichten von Sperrgebieten.

Lange Zeit war alles ganz einfach. Wurden eine Seemine, ein Torpedo oder eine Fliegerbombe im Meer entdeckt, wurde das Problem einfach durch die zuständige Behörde weggesprengt. Dass ein solches Handeln gravierende Auswirkungen auf das marine Leben hatte, löste bei Entscheidungsträgern nur ein müdes Achselzucken aus. Das änderte sich erst – zumindest in Schleswig-Holstein –, als im Bereich der Kolberger Heide, einem Munitionsversenkungsgebiet am Ausgang der Kieler Förde, 140 Torpedoköpfe und Seeminen beseitigt werden sollten. Nachdem 2006 und 2007 bereits 33 Sprengungen durchgeführt worden waren, wurden sie auf Druck von Umweltverbänden und Medien eingestellt. Die von den Detonationen verursachten ökologischen Auswirkungen unter Wasser, insbesondere auf die in der westlichen Ostsee lebenden, aber vom Aussterben bedrohten Schweinswale, seien nicht hinnehmbar, hieß es dazu. Bei der Sprengung einer 350 Kilogramm schweren Seemine erleiden Fische, Meeressäuger und tauchende Seevögel in einem Umkreis von drei bis vier Kilometern tödliche Verletzungen. In mindestens zehn Kilometern Entfernung treten noch erhebliche Schäden auf.

Man kam überein, nach Lösungen für das Problem zu suchen. Ein Pilotprojekt wurde gestartet, in dem die Anwendung der Blasen-schleierteknik getestet werden sollte, die auch beim Bau von Offshore-Windkraftanlagen angewendet wird. Nach drei Jahren Untersuchungen wurden jetzt die ersten Ergebnisse präsentiert. Bei richtiger Anwendung kann ein Blasen-schleier die Todeszone einer Detonation um bis zu 90 Prozent reduzieren. Eine



Was an Land Standard ist, muss auch für das Meer gelten: Munitionsgebiet = Sperrgebiet.

beachtliche Minimierung, die aber nach Ansicht der Umweltverbände und unabhängiger Experten trügerisch ist. Schwere Verletzungen sind weiterhin kilometerweit möglich und die Frage der Schadstoffeinträge in die Wassersäule und damit in die Nahrungskette ist ungelöst. Jahrzehntlang im Meer gelagerter Sprengstoff ist oftmals wassergesättigt, so dass bei einer Detonation nur ein geringer Teil umgesetzt wird, der Großteil jedoch mehr oder weniger fein zerstäubt als »Giftwolke« unter Wasser marines Leben bedroht.

Auch Sprengungen mit Blasen-schleier sind daher aus Naturschutzsicht nur eine kurzfristige »Übergangslösung«. Wie die Munitionsbeseitigung der Zukunft aussehen kann, skizzierten Experten aus den USA und Kanada. Dort werden bereits Verfahren getestet, bei denen Großkampfmittel mit Robotertechnik an die Wasseroberfläche geholt werden und in speziellen Detonationskammern auf Schiffen oder an Land gesprengt werden können. Das ist in Deutschland noch Zukunftsmusik. Der im Rahmen einer durchgeführten Exkursion präsentierte Fuhrpark an Booten und Fahrzeugen in Groß Nordsee, dem Sitz des schleswig-holsteinischen Munitionsbeseitigungsdienstes, ließ erkennen, dass die vorhandene Technik nur die Bergung und den Transport von Kleinkampfmitteln zulässt. Hier muss aufgerüstet werden, am Besten küstenländerübergreifend.

Wenn an Land irgendwo ein explosives Relikt der Weltkriege gefunden wird, ist der Handlungsablauf klar: Absperrung, Beseitigung, Freigabe. Sollte eine schnelle Beseitigung nicht möglich sein, weil zum Beispiel eine größere Fläche verseucht ist, wird ein Zaun aufgestellt, um den Zutritt zu verwehren, damit niemand zu Schaden kommt. Kaum befinden sich fünf

Zentimeter Wasser über der Fläche, ist alles ganz anders. Jedem ist der Zutritt gestattet. Es läge in der Eigenverantwortung, sich dort angemessen zu verhalten. Warum wird hier mit zweierlei Maß gemessen? Eine Antwort fehlt bis heute.

Nicht einmal im Fall der Giftgas-Granaten vor Helgoland (5) konnte sich bisher die Kieler Landesregierung dazu durchringen, ein Sperrgebiet einzurichten. Die Bundeswehr hat hier schon längst die Zeichen der Zeit erkannt. Um ihr eigenes Personal zu schützen, hat sie umgehend ihr Übungsgebiet bei Helgoland entsprechend verkleinert, um den direkten Kontakt mit dem extrem gefährlichen Tabun auszuschließen.

Aus Vor- und Fürsorgegründen sollte sofort jedes bekannte munitionsbelastete Gebiet im Meer für jegliche Aktivitäten, bei denen Kontakt mit der Munition möglich wäre, gesperrt werden. Es ist sonst sicherlich nur noch eine Frage der Zeit, bis unautorisierte Kräfte das frei zugängliche Kampfmittelreservoir Meer für sich entdecken. ◀

#### ANMERKUNGEN:

\* Kontakt per E-Mail: [stefan-nehring@web.de](mailto:stefan-nehring@web.de)

1. <http://schleswig-holstein.nabu.de/themen/meeres-schutz/miremar/>
2. WATERKANT, Jahrgang 22, Heft 4 (Dezember 2007), Seite 23 ff.; Jahrgang 23, Heft 1 (März 2008), Seite 5 ff.
3. Schleswig-Holsteinischer Landtag: Drucksache 16 / 2367, Plenarprotokoll 16 / 101; Bundestag: Drucksache 16 / 12467.
4. Bundestag: Drucksache 17 / 1865.
5. WATERKANT, Jahrgang 25, Heft 1 (März 2010), Seite 20 f.

#### Bildnachweis:

Seite 12 – Stefan Nehring  
Seite 13 – Stefan Nehring